

Rede

von

Dr. Peter Gauweiler

MdB

Staatsminister a.D.

**„Zukunftsfragen unserer Gesellschaft“**

Schwarze Wochen

Kulturwochen für den Münchner Westen

München-Aubing, am 20.03.2010

*Es gilt das gesprochene Wort*

## Anreden

Veranstalter

- **Johann Sauerer**, OV-Vorsitzender des CSU-Ortsverbandes Aubing
- **Markus Wiese**, OV-Vorsitzender des CSU-Ortsverbandes Westkreuz
- **Sebastian Kriesel**, CSU-Ortsverband Aubing-Neuaubing

Fraktionsvorsitz

Stadtrat

- **Josef Schmid**, Stadtrat, Kreisvorsitzender der CSU München-West

Bundestag

- **Dr. Hans-Peter Uhl**, MdB, Kreisverwaltungsreferent a. D.

Landtag

- **Dr. Otmar Bernhard**, MdL, Staatsminister a. D., Bezirksvorsitzender der CSU München

Bezirkstag

- **Barbara Kuhn**, Bezirksrätin, Frauen Union-Geschäftsführerin CSU München-West

Stadtrat

- **Tobias Weiß**, Stadtrat, Ortsvorsitzender des Ortsverbandes Allach-Untermenzing
- **Ursula Sabathil**, Stadträtin, OV-Vorsitzende des CSU Ortsverbandes Obermenzing

### Helmut Pfundstein

Ein besonderer Gruß gilt meinem alten Freund **Helmut Pfundstein**:

Trachtler

- Dem Bewahrer und Träger unserer bayerischen Tracht.

Dichter

- Dem Dichter liebevoll-ironischer bayerischer Lyrik.

*„Mir san mir. Und andere Illusionen“*

heißt der bezeichnende Titel eines seiner vielen Bücher.

Politiker

- Vor allem aber dem Mann, der unsere Münchener CSU geprägt hat wie wenig andere.

Er hat in den Machtzentralen der beiden SPD-Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel und Georg Kronawitter ebenso die Fäden gezogen wie unter unserem Erich Kiesl, dessen 80. Geburtstag wir jüngst gefeiert haben.

### **Tausend Jahre Aubing**

Aubing älter als

Einen herzlichen Glückwunsch an Aubing:

München

Heuer feiert Aubing 1.000 Jahre seiner ersturkundlichen Erwähnung.

Vor zwei Jahren hat München mit großem Aufwand seinen 850. Geburtstag gefeiert. Das hat Aubing nicht imponieren können, denn Aubing ist ja fast 150 Jahre älter. Das gilt im Übrigen auch für mein Hadern: Auch Hadern wird früher als München schon im 11. Jahrhundert erstmals erwähnt.

Erholungsraum  
im Westen Mün-  
chens

Erst im Krieg, 1942, ist Aubing ohne viel Federlesens in die Stadt München eingemeindet worden. Als der flächenmäßig größte Bezirk der Stadt mit der gleichzeitig geringsten Bevölkerungsdichte hat sich dieser Stadtbezirk aber noch viel von seinem alten dörflichen, ländlichen Ursprung bewahrt.

Viele aus dem Münchener Westen genießen den schönen Erholungsraum um den Langwieder See.

### **Die Schwarzen Wochen**

Neue Attraktion

Eine neue Attraktion für diesen Raum sind nun auch diese „Schwarzen Wochen“, die zum ersten Mal stattfinden.

Sie bieten ein abwechslungsreiches Kultur- und Informationsprogramm.

Kultur und Zu-  
kunftsfragen

Dabei soll auch zur Sprache kommen, welchen Zukunftsfragen wir uns heute stellen müssen.

## Im Zweifel für die Freiheit

Priorität des  
Ökonomischen

Das wichtigste Zukunftsthema, dem wir uns heute stellen müssen, ist alles Ökonomische. Darin besteht auch der wichtigste Auftrag für die schwarz-gelbe Koalition in Berlin und in Bayern.

„Wirtschaftswähler“

„Wirtschaftswähler“ hat die Süddeutsche Zeitung die Wähler genannt, die der letzten Bundestagswahl die entscheidende Wendung gegeben haben und Schwarz-gelb in die Verantwortung gerufen haben.

Wirtschaftswähler – das sind Leute aus allen Schichten, die

*„sich zutrauen, selbst die Ärmel hochzukrempeln, wenn der Staat sie nur lässt. Die im Erfolgsfall die Früchte ihres Einsatzes auch selbst ernten und nicht automatisch weit mehr als die Hälfte ihres Bruttoeinkommens versteuern und Abgaben an den großen Moloch Staat abgeben wollen.“*

Hoffnung und  
Auftrag

Man kann nur irgendwie erstaunt und froh sein darüber, dass es in Deutschland immer noch so viele gibt. Dies ist die große Hoffnung, die große Verantwortung und der große Auftrag an alle, die an den Säulen der Freiheit des Westens festhalten: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, wirtschaftliches Wachstum, Markt, Privateigentum, Individualismus und Rechtsstaatlichkeit.

### **Hartz IV reformieren**

Große Leistung  
des Steuerzah-  
lers

Jetzt sind die Zeitungen wieder voll, was Hartz-IV-Empfänger alles vom Staat bekommen. Vergangenes Jahr wurden von Bund, Ländern und Gemeinden 137 Milliarden Euro an Sozialleistungen ausbezahlt. Anders als bei den Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherungen wird dabei kein Geld durch Beiträge angespart. Das Geld kommt also vom Steuerzahler oder von der Notenpresse.

Urteil Bundes-  
verfassungsge-  
richt

Andererseits reichen die Regelsätze nach durchaus plausiblen Berichten der Betroffenen für sie trotzdem nicht. Das gilt vor allem für ihre Kinder, was das Bundesverfassungsgericht in seinem jüngsten Urteil auch festgestellt hat.

Einwanderung in  
Sozialsysteme

Zusätzlich wird das Problem durch die Einwanderung von außen in die Sozialsystem seit Jahren verschärft. „40 % der Hartz-IV-Empfänger sind Immigranten“, so die Bundesregierung im letzten Monat. Warum weltweit arbeiten, wenn es in Deutschland auch ohne geht?

Zerstörung des  
Sozialstaates

Wir müssen etwas gegen die Tendenz zur Selbstzerstörung unseres Sozialstaates tun, die diesem Hartz-System innewohnt. Hartz hat ja trotz der bezahlten Riesensummen die Solidargemeinschaft und ihr Ansehen nicht veredelt. Vielmehr steht „Hartz IV“ für Ausweglosigkeit und vergeblichen Lebenskampf vieler armer Menschen. Für die Entwicklung Deutschlands zur Taschengeldgesellschaft. Und für ein paar mickrige Ein-Euro-Jobs als Notstandsarbeit.

|                          |   |
|--------------------------|---|
| FDP                      | Natürlich sind die Attacken des FDP-Vorsitzenden auf Hartz IV jetzt der Versuch, die Wahlchancen seiner Partei in den anstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen zu verbessern. Er sieht die Prognosen für seine Partei in den Keller fallen und will die Aufbruchsstimmung des vergangenen Sommers wiederbeleben. Seine Attacken sind insofern ein Ablenkungsmanöver. |
| Grundzüge einer Lösung   | Richtig bleibt, dass wir dieses System fortentwickeln:  |
| Zurück zur Trennung      | <ul style="list-style-type: none"><li>• Wir sollten Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe wieder trennen.</li></ul>  |
| Fairer Lohnabstand       | <ul style="list-style-type: none"><li>• Wir sollten auf einen faireren Lohnabstand zwischen Arbeitenden und Nichtarbeitenden achten.</li></ul>  |
| Einwanderung unterbinden | <ul style="list-style-type: none"><li>• Wir sollten die Einwanderung in die Sozialsysteme unterbinden.</li></ul>  |

Dauerhafte Sicherung Lebensunterhalt

- Nicht allein die Sicherung des Lebensunterhalts im Zeitpunkt der Entscheidung über die Aufenthaltserlaubnis darf relevant sein.

Bei der Beantragung der Aufenthaltserlaubnis muss erkennbar sein, dass die Sicherung des Lebensunterhalts auf absehbare Zeit andauert.

Auch für einreisende Kinder und Ehegatten

- Für einreisende Kinder und Ehegatten müsste eine auf Dauer angelegte Unterhaltssicherung ebenfalls nachgewiesen werden.

Keine Einreise für Sozialfälle

- Außerhalb des anerkannten Asyls sollten offensichtliche Sozialfälle nicht nach Deutschland einreisen dürfen.

Kein Ausweichen in Sozialhilfe

- Die Tatsache, dass Ausländer den gleichen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben wie Deutsche ist nur dann auf Dauer haltbar, wenn der Kreis der Leistungsberechtigten bei ausländischen Arbeitslosen nach der bisherigen Aufenthaltsdauer und der Einzahlungen in die Arbeitslosenversicherung eingeschränkt wird und

Nichtberechtigte nicht als „Arbeitssuchende“ sofort in die deutsche Sozialhilfe ausweichen können.

Abschieben bei  
Aberkennung  
von Arbeitslo-  
sengeld

- Personen, denen trotz der sehr weiten gesetzlichen Regelung in Deutschland das Arbeitslosengeld aberkannt wird (bzw. die davon ausgeschlossen sind), darf nicht via SGB ein vom Steuerzahler finanzierter Lebensunterhalt in Deutschland ermöglicht werden.

Der Aufenthalt der Betroffenen sollte von Amts wegen beendet werden.

Einschränkung  
bei Unionsbür-  
gern

- Hinsichtlich der EU halte ich die Regelung auf Dauer für nicht bezahlbar, dass alte und neue „Unionsbürger“, selbst wenn sie nur 12 Monate einen 400 € Job als Selbstständige in Deutschland ausgeübt haben, für sich und für ihre hier lebenden nichterwerbstätigen Ehepartner und Kinder Arbeitslosengeld II einschließlich Sozialgeld und Krankenversicherung beanspruchen können.

- Kinderförderung verbessern
- Schließlich sollten wir bei den Kindern eine verstärkt fall- und gutscheinbezogene Förderung einführen.
- Namen ändern
- Endlich sollte auch diese vielfach unglücksselige Namensgebung „Hartz“ geändert werden.

### **Bayern in Europa**

- Verfasstheit unseres Staates
- So wichtig die Fragen nach unserer ökonomischen Zukunft und nach der Zukunft unseres Sozialstaates sind – die Zukunftsfrage nach der Verfasstheit unseres Staates, unseres Bayerns in Deutschland und unseres Deutschlands in Europa treiben mich fast noch mehr um.
- Verlieren Bayern und Deutschland an staatlicher Substanz, die auf einen Riesenstaat Europa übergeht?
  - Werden aus den Bayern Ameisenmenschen in einem EU-„harmonisierten“ Riesenbau?

Emanzipation  
von kontinenta-  
len Obrigkeit

Es geht bei der bayerischen Staatlichkeit in Europa weniger um Heimatmuseum und Denkmalpflege, um Edelweiß und Almenrausch – so schön das ist.

Sondern es geht um die richtige Art und Weise der Emanzipation der Menschen zwischen Spessart und Karwendel, zwischen dem Bayerischen Wald und dem Bodensee von der kontinentalen Obrigkeit der Europäischen Union.

Mehr Kompe-  
tenz – weniger  
Freiheit

Die politische Klasse in Europa wollte, dass die EU über immer mehr Menschen immer mehr zu bestimmen hat. Das heißt,

- dass die Masse Mensch, über die bestimmt wird, immer größer wird,
- dass die Stimme des Einzelnen immer weniger wiegt,
- dass es immer mehr Instanzen von immer höher gibt, die einem Vorschriften machen,
- und dass dabei die eigene Stimme immer weniger Gewicht hat.

Gefährdung der  
Selbstbestim-  
mung alter Ein-  
heiten

Das aber steht in einem natürlichen Konflikt mit dem Freiheitswunsch des Einzelnen und mit dem Urverlangen nach Selbstbestimmung der gewachsenen Einheiten unseres europäischen Kontinents, von deren ältesten einer das Land der Bayern ist.

Gegen die Ent-  
zauberung Eu-  
ropas

Diese Entwicklung zur Anonymisierung der großen Macht und Entrechtlichung des Einzelnen wird immer rasender, und wir müssen auf die Bremse treten.

Wir müssen aber nicht nur bremsen, sondern gegensteuern. Gegensteuern heißt ein Programm entwerfen gegen eine Entwicklung, die doch auch eine Entzauberung Europas bedeutet.

Gegen eine Entwicklung, an deren Ende nicht nur Bayern nicht überlebt, sondern das charakteristisch „Europäische“ ans Ende gebracht sein würde – durch Taten im Namen Europas selbst.

Die Idee von der Freiheit ist ein Identitätsfaktor Europas.

Francois Furet

Ich habe meine politische Arbeit immer wieder dem Leitsatz des französischen Historikers und Philosophen François Furet unterstellt:

*„Wir sind in einem einmaligen Horizont der Geschichte eingeschlossen, werden im Strom einer immer größeren Uniformierung der Welt und einer größeren Versklavung des Individuums durch die Wirtschaft mitgeschleift und sind dazu verdammt, lediglich die Wirkungen etwas bremsen zu können, ohne Zugriff auf die Ursachen zu haben.“*

George Orwell

*„Wir wollen nur noch Grashalme“*

ließ George Orwell den großen Bruder in „1984“ anordnen,

*„wir wollen nur noch Grashalme - und keine Blumen mehr. Auf keinen Fall“.*

Keine „EU-Bürger“

Ein Europa, in dem es nur noch „EU-Bürger“ und schon von der Gesinnung her keine Bayern und keine Schotten gibt, keine Leute aus dem Friaul und von der Moldau, keine Provençalen, Letten und sogar keine Preußen mehr gibt, ein solches Europa hätte seine Seele verloren und keine EU-Kommission und kein europäischer Rat könnte darüber hinwegtäuschen.

Europa ist kein Staat. Und soll auch keiner werden.

Die EU erst recht nicht.

Europa - eine Idee

Europa ist kein geographisch deutlich fassbarer Kontinent, sondern ein kultureller und historischer Begriff. Europa ist eine Idee.

Europa ist immer Ideen gefolgt. Seit den früheren Tagen des klassischen Athens. Seit mit der zweiten Reise des Paulus das Christentum zum ersten Mal nach Europa kam, nach Korinth. Seit den Tagen der beiden konkurrierenden Europen, dem von Rom und dem von Konstantinopel.

Die großen Entdeckungen von Europa aus über die Ozeane folgten einer Idee.

Das Europa der Reformation und die Gegenreformation waren getragen von der Dynamik großer Ideen, genauso die Aufklärung.

Im 20. Jahrhundert dann die ins Böse gewendete Idee des europäischen Kommunismus, Faschismus und wieder Kommunismus. Dann die große Befreiung von 1989.

Rückkehr zu  
den Identitäts-  
faktoren

Und heute ist die Antwort auf die Frage nach der Zukunft der europäischen Idee ganz einfach.

Die Zukunft liegt in einer Rückkehr zu den Identitätsfaktoren, an die Adenauer, Schumann und De Gasperi nach dem großen Krieg erinnert haben:

- Festschreibung von Wert und Würde des Menschen,
- von Freiheit, Gleichheit und Solidarität
- mit den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.

Wahre Verfassung von Europa

Darin ist ein Menschenbild eingeschlossen, eine moralische Option und eine Idee des Rechts, die in der europäischen Konvention für Menschenrechte von 1950 zum Ausdruck kommt.

Das war und ist die eigentliche Verfassung von Europa.

### **Urteil über Lissabon**

Sternstunde des Bundesverfassungsgerichts

Von historischer Dimension ist darum das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon und dem deutschen Begleitgesetz vom letzten Jahr, das die Süddeutsche Zeitung als „*Sternstunde des Gerichts*“ bezeichnet hat.

Begleitgesetz verfassungswidrig

Mit dem Urteil vom 30. Juni 2009 hat das Bundesverfassungsgericht auf meinen Antrag das deutsche Begleitgesetz zum Lissabon-Vertrag für verfassungswidrig erklärt:

- Durch den Vollzug dieses Begleitgesetzes wären wesentliche Aufgaben der gesetzgebenden Körperschaften in Deutschland – Bundestag und Bundesrat – aufgegeben worden,
- Damit wäre auch das Wahlrecht jedes wahlberechtigten Deutschen entwertet – weil die Wahl eines seiner Kompetenzen entleerten Bundestages sinnlos und zweckwidrig würde.

Keine Selbst-  
entmachtung  
des Parlaments

Dazu war laut Richterspruch das Parlament nicht befugt. Die Begründung dafür ist eine Selbstverständlichkeit:

Wer vom Volk als dessen Interessenvertreter gewählt ist, hat nicht das Recht, die ihm auf Zeit verliehenen Rechte an andere, vom Volk nicht mehr kontrollierbare Gremien wegzugeben oder auch nur einen entsprechenden Mechanismus in Gang zu setzen.

|   |   |
|---|---|
| Keine Ratifizierung ohne neues Gesetz   | Das Bundesverfassungsgericht hat angeordnet, dass ohne Vorlage und Verabschiedung eines neuen Begleitgesetzes, in dem die Rechte der deutschen Gesetzgebung wiederhergestellt und die Gewährleistung und Ausübung ihrer Pflichten gesichert sein müssten, auch was eine verfassungskonforme Anwendung des Vertrages angeht, der Lissabon-Vertrag nicht ratifiziert werden darf. |
| Anwendung nur „nach Maßgabe der Gründe“ | Auch darf der Vertrag nach seinem Inkrafttreten in Deutschland, so will es das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich, nur „nach Maßgabe der Gründe“ des Urteils angewendet werden.  |
| Verfassungsgebender Volksentscheid      | Um das Maß voll zu machen, stellte das Bundesverfassungsgericht auch noch fest, dass über den Beitritt Deutschlands zu einem europäischen Bundesstaat nur durch einen verfassungsgebenden Volksentscheid entschieden werden könne und nicht durch die Politik.  |

## Griechenland und die EU

Schuldenkrise in Griechenland

Seit Wochen versucht die EU, die Schuldenkrise in Griechenland in den Griff zu bekommen. Jetzt hat Bundesfinanzminister Schäuble sich für einen Europäischen Währungsfonds (EWF) als Lösung ausgesprochen und damit einen Vorschlag des Chefvolkswirts der Deutschen Bank, Thomas Mayer, aufgegriffen.

EWF – für wen?

Ein solches Instrument wurde schon vor gut dreißig Jahren (1978) von Helmut Schmidt vorgeschlagen, ist dann aber in der Versenkung verschwunden. Dass es von dort nun ausgerechnet von einem Chefbanker hervorgeholt wird, macht doch etwas stutzig.

Natürlich werden alle heiligen Eide geschworen, dass ein EWF nicht Griechenland auf Kosten der europäischen Steuerzahler unter die Arme greifen soll.

Aber sollen vielleicht die europäischen Banken vor dem Verlust ihrer griechischen Staatspapiere geschützt werden? Immerhin haben Deutschlands Ban-

ken 32 Milliarden Euro in diese Staatspapiere investiert.

Kein europäischer  
Finanzausgleich

Gegen einen EWF bestehen vor allem grundsätzliche Bedenken. Ein EWF „*wäre der Start eines Finanzausgleichs*“ (so der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank EZB, Jürgen Stark im „Handelsblatt“).

In Deutschland gibt es einen solchen Länderfinanzausgleich. In der EU aber ist er gerade nicht gewollt, da es sich bei ihr nicht um einen Bundestaat, sondern einen Bund selbständiger Staaten handelt.

Der Maastricht-Vertrag legt deshalb fest, dass jeder Staat seine Finanzen in Ordnung halten muss. Griechenland muss sich deshalb zuallererst selber helfen.

Fass ohne Boden – reparieren  
vor füllen

Für bedrängte Länder wie Griechenland gibt es bereits einen bewährten Helfer: den Internationalen Währungsfonds. Warum der Einsatz des IWF in Europa ehrenrührig sein soll („*Was hat der IWF in Euro-land zu suchen?*“, so der französische Wirtschafts-

wissenschaftler Jean-Paul Fitoussi in der „Frankfurter Rundschau“), ist nicht einzusehen.

Im Gegenteil: Im Gegensatz zu Deutschland und den anderen EU-Ländern ist der IWF nicht erpressbar.

*„Der IWF ist weit genug entfernt, um strenge Verhaltensregeln einfordern zu können. Nur er kann dem Zorn der kontrollierten Länder standhalten und die zur Problemlösung nötigen Maßnahmen durchsetzen ... Ein Fass ohne Boden sollte man reparieren, bevor man es zu füllen versucht“ (Hans-Werner Sinn in der FAZ v. 14.03.2010).*

Griechenland  
„systemrele-  
vant?“

Im Übrigen sollte man sich von Banken und Spekulanten nicht zum Narren halten lassen: Griechenland hat einen Anteil von zwei Prozent an der Wirtschaftskraft des Euro-Raums. Es sollte deshalb die übrigen 98 Prozent nicht ernstlich gefährden können. Auch die USA stehen nicht unter Druck, nur weil Kalifornien ein Schuldenproblem hat.

Hilfe ja - Sys-  
temveränderung  
nein

- Vernünftige Hilfe zur Selbsthilfe für Griechenland - ja.
- Eine bessere Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes samt Entwicklung schärferer Regeln – ja.
- Aber Einführung eines EWF mit dem langfristigen Ziel einer Weiterentwicklung der Europäischen Währungsunion „*in Richtung Vereinigte Staaten von Europa*“ (wie von Fitoussi jüngst gefordert) –nein.

### **Deutschland - zu flach**

Das Deutsch-  
land der Länder

Deutschland hat viele Stärken, und dazu gehört auch, dass es seit den Tagen des Heiligen Römischen Reiches, ungeachtet seiner zentralen Lage in Europa, in geographischer, historischer und kultureller Hinsicht, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nie ein zentralistischer Staat war und auch heute – in der Konstruktion des Bundes deutscher Länder – nicht einheitlich ist.

Nicholas Boyle

Der britische Germanist Nicholas Boyle nannte das so:

*„Nie sind alle, die deutsch sprachen, in einem einzigen Staat vereint gewesen, der sich Deutschland nannte, nicht einmal unter Hitler.*

*Der moderne Staat dieses Namens ist ein – historisch einzigartiges - Ergebnis einer langen und komplizierten Entwicklung. Der Prozess, der in den Jahren 1989/90 die Bundesrepublik und die DDR zusammenführte, wurde als ‚Wiedervereinigung‘ bezeichnet, aber der Staat, der daraus hervorging, hat andere Grenzen, als alle seine Vorgänger.*

*Und ein bedeutender Teil seiner älteren Bevölkerung ist außerhalb seiner Grenzen geboren, wenngleich in Gebieten, die sich in manchen Fällen seit Jahrhunderten als deutsch verstanden.“*

Historisches  
Kontinuum  
Bayern

Eine ungebrochene Kontinuität hat in diesem Bund nur der Freistaat Bayern, die über 1.500 Jahre zurückgreift.

Hinsichtlich der kontinuierlichen kulturellen Identität kann man Bayern im deutschsprachigen Raum eigentlich nur mit dem österreichischen Kernland des Habsburger Reiches, der heutigen Bundesrepublik Österreich und der deutschsprachigen Schweiz vergleichen (bei der ja auch wieder zum Gesamtbild gehört, dass jeder Kanton seine eigene Geschichte hat, was in den verschiedenen bayerischen Stammländern ja auch immer wieder hervorbricht).

### **Den Länderfinanzausgleich reformieren**

Gegen den „Ab-  
bau Süd“

Die Rolle Bayerns im wiedervereinigten Deutschland ist in Bezug auf die Finanzen vergleichbar mit der Rolle Deutschlands in der EU: Wir sind die Nettozahler. Wir müssen das ändern. Denn was ist mit unseren eigenen Städten und Gemeinden? Der „Aufbau Ost“ ist abgeschlossen – wir müssen jetzt etwas gegen den „Abbau Süd“ unternehmen.

Bayern stemmt  
die Hälfte

Der Länderfinanzausgleich hat im Jahr 2009 insgesamt fast 7 Milliarden Euro umverteilt.

Davon hat Bayern mit 3,8 Milliarden über die Hälfte gestemmt.

Absurdes Ungleichgewicht

Gewiss war Bayern einst selbst auch Empfänger im Finanzausgleich.

- Empfangen hat Bayern in den Jahrzehnten nach dem Krieg insgesamt 3,4 Milliarden Euro.
- Gezahlt aber hat Bayern seither aber 27,8 Milliarden Euro, also mehr als das Acht-fache.

Damit ist ein Ungleichgewicht erreicht, das den deutschen Föderalismus ad absurdum führt.

Da die Gründe für die unterschiedliche Leistungskraft der Länder sich in nächster Zeit kaum ändern werden, werden die „Nehmerländer“ alles daran setzen, Bayern nicht aus seiner Rolle als „Zahlmeister“ zu entlassen.

Leistung und Gerechtigkeit sind aber die beiden grundlegenden Prinzipien, nach denen unsere Gesellschaft funktioniert. Wir haben deshalb das Recht, derart überholte Automatismen in Frage zu stellen.

Einsatz für eigenes Land

Denn Bayern braucht dieses Geld, das vom bayerischen Steuerzahler erarbeitet und vom bayerischen Fiskus eingezogen wird, endlich für das eigene Land.

- Für Investitionen und Arbeitsmärkte, die zu den schwächeren gehören und die z.B. über Jahrzehnte unter ihrer extremen Randlage zum Eisernen Vorhang gelitten haben.
- Für die große Reparatur unseres Bildungs- und Erziehungswesens, für die bestehenden bayerischen Hochschulen und den Erhalt ihres Weltformats genauso wie für neue Universitäten in Augsburg und in Nürnberg, wo wir die Intelligenz der ganzen Welt und viele gute Leute einladen sollen.

- Für die Verkehrswege, für unseren Fremdenverkehr und die Olympischen Spiele, um die wir uns bewerben.
- Ganz wichtig: Für unsere Landwirtschaft, die mit dem Rücken an der Wand steht und die doch eigentlich nach dem Jahrhundertvertrag Bayerns mit seinen Bauern der Feinkostladen ganz Europas werden sollte.

Bayerisches  
Steuergeld für  
Bayern

Also dürfen wir mit dem bayerischen Steuergeld nicht mehr so freigiebig sein, solange unsere eigenen Probleme nicht „befreit“ sind.

Wir müssen uns von der jetzigen Form des Länderfinanzausgleichs verabschieden, genauso wie Deutschland seinen Nettozahlerstatus in der EU in ein weniger kostspieliges und einseitiges Verhältnis zu den anderen EU-Mitgliedsstaaten bringen muss.

Warum gibt es für London einen „Britten-Rabatt“ –  
aber für die Deutschen keinen Wiedervereinigungs-  
Abschlag?

Interessen  
Bayerns stärker  
vertreten

„Staaten haben keine Freunde, Staaten haben Interessen“ sagt der General de Gaulle, und wir müssen unsere bayerischen Interessen in Deutschland deutlicher wahrnehmen.

Das ganze Weh und Ach unserer lieben CSU, die ja in Sachen bayerische Interessenvertretung die erfolgreichste Kraft der letzten 60 Jahre war, hängt dieser Tage damit zusammen.

### **Mehr Demokratie wagen**

Politik näher  
zum Bürger

Die politische Missstimmung in Bayern liegt aber auch daran, dass die Menschen im Freistaat das Gefühl haben, sie werden von der Politik zu wenig gehört.

Die Konsequenz daraus ist, dass wir etwas für die Demokratie tun müssen.

|                                   |   |
|-----------------------------------|---|
| Wahlprogramm                      | Wir haben deshalb im CSU-Wahlprogramm für den Europa-Wahlkampf 2009 uns für die Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene ausgesprochen:<br><br><i>„Wir wollen die Bürger bei wichtigen Fragen zu Europas Zukunft mit Volksabstimmungen stärker in die Entscheidungen einbeziehen.“</i>  |
| Verstärkte Beteiligung des Volkes | Diese Forderung hat die CSU in den Wahlkämpfen des Jahres 2009 mit großem werblichen Aufwand als bindendes Wahlversprechen verbreitet. Auf diese Weise wollten wir nach dem Desaster der Landtagswahl 2008 den Wählerinnen und Wählern deutlich machen, dass die CSU in Zukunft von einer verstärkten Mitbeteiligung des Volkes nicht nur reden will, sondern sich dafür mit ihrer ganzen Kraft einsetzen wird, gerade wie es ihre treuen Anhänger seit längerem verlangen. |
| Versprechen umsetzen              | Diesem Versprechen müssen jetzt konkrete politische Schritte folgen, wenn diese zentrale Forderung im Gedächtnis der Wähler nicht eine bloße Propaganda-  |

Erklärung bleiben soll.

Die CSU-Führung muss hier endlich tätig werden und durch konkrete Gesetzesentwürfe und Handlungsempfehlungen die Umsetzung ihres demokratischen Versprechens vorantreiben.

### **Bayerns Eigenständigkeit wahren**

Reparatur des  
Föderalismus

Der schwerwiegende Verstoß gegen das Demokratieprinzip, das der Vertrag von Lissabon aufwies, ist durch das neue deutsche Begleitgesetz repariert worden.

Aber die Notwendigkeit dieser Reparatur gilt nicht nur für Berlin, sondern auch für die Länder. Also auch für Bayern.

Wahrung baye-  
rischer Kompe-  
tenzen

Wenn man die Logik des Bundesverfassungsgerichts weiter denkt und das, was das Gericht zum Verhältnis von EU- und Mitgliedsstaaten gesagt hat, auf das Verhältnis zwischen Bund und Ländern anwendet, genauer: zwischen dem Bund und Bayern, sind wir

mit dem Verwirklichen demokratischer Notwendigkeiten noch längst nicht fertig.

Denn die meisten Kompetenzen, die an die EU übertragen werden, sind immer wieder Länderkompetenzen. Kompetenzen, die die bayerische Verfassung unseren eigenen Staatsorganen zugewiesen hat.

Bundesrat als  
Regierungsvertretung

Bayern ist mit der Übertragung solcher eigenen Kompetenzen an die EU allein durch seine Mitwirkung am Bundesrat beteiligt.

Ebenso wie die Mitglieder des Rates der EU Vertreter der Regierung und der Mitgliedsstaaten sind, sind Mitglieder des Bundesrates Vertreter der Landesregierung.

Unser bayerisches Parlament, der bayerische Landtag, hat kein direktes Mitspracherecht, wenn es um die Übertragung von Landeskompetenzen an die Europäische Union geht.

Mitwirkung des Landtages

So werden die Entscheidungskompetenzen der bayerischen Volksvertretung als Landesgesetzgeber geschmälert, ohne dass die Volksvertretung auch nur gefragt wird.

In der Logik des Lissabon-Urteils liegt es für die Zukunft, dass in Bayern die Staatsregierung einer Übertragung von Hoheitsrechten an die Europäische Union, die nach dem Grundgesetz und der bayerischen Verfassung Bayern und seiner Bevölkerung zustehen, nur dann zustimmen darf, wenn zuvor der Landtag zugestimmt hat.

Mitwirkung des Volkes

Wobei in Bayer die Zustimmung des Landtags auch durch den Volksgesetzgeber, das bayerische Volk, ersetzt werden kann.

Parteiübergreifende Lösung

Wir werden in allernächster Zeit uns parteiübergreifend darauf konzentrieren müssen, diese Regelung – die eine unmittelbare Konsequenz aus dem Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist – für Bayern umzusetzen.

Parteiinterne  
Wahlen

Schließlich sollten wir auch unsere innerparteiliche Demokratie in der CSU verbessern.

Wir wollten in Zukunft unseren Vorsitzenden und unsere Spitzenkandidaten von den Mitgliedern wählen lassen. Davon war in der letzten Zeit nichts mehr zu hören. Auch hier wollen wir von der CSU-Führung Taten statt Worte.

### **Der Freistaat als freier Staat**

Studie der  
Hanns-Seidel-  
Stiftung

Die Hanns-Seidel-Stiftung hat vor kurzem eine große Studie über das Lebensgefühl in Bayern vorgestellt: „Generationen-Studie 2009; Heimatgefühl und Leben in Bayern“. In ihr belegt die Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung (GMS) aus Hamburg (und deshalb eher distanziert-objektiv in Sachen Bayern), dass die Bayern auf ihr Land ganz besonders stolz sind:

- 88 Prozent der Befragten fühlen sich Bayern besonders verbunden,

- 91 Prozent sind auf Bayerns schöne Landschaften stolz,
- 81 Prozent auf die lebendigen Traditionen, auf Trachten, Dirndl und Lederhosen,
- 79 Prozent auf die bayerischen wissenschaftlichen Leistungen,
- 76 Prozent auf die bayerische Geschichte und die hiesige Kunst und Kultur (79 Prozent).

Freistaat als eigener Staat

Und das Erstaunlichste ist:

Fast jeder vierte Bayer wünscht sich den Freistaat als eigenen Staat.

Bei den über 60-jährigen ist es sogar fast ein Drittel, das sich wünscht, dass Bayern selbstständig wird.

Bei den über 60-jährigen gibt es sogar auch keine Mehrheit für Bayern als Land in der Bundesrepublik:

Nur 43 % sind mit dem gegenwärtigen Zustand zufrieden.

Bayern – ein europäischer Staat

Aber die Leute haben ja auch recht: Von der Größe, der Bevölkerungszahl und der Wirtschaftskraft kann Bayern mit einem Großteil der europäischen Länder locker mithalten. Von der 1.500 Jahre alten Geschichte als Staat einmal ganz zu schweigen.

Bayern und das Deutsche Reich

Und was das deutsche Unglück angeht: Bayern wäre mehr für den deutschen Bund von 1848 und die Paulskirche gewesen und weniger für die Pickelhaube von 1871, wo – bei allem Respekt für Bismarck – dann alles weitere kam wie es gekommen ist.

Schwäche Bayerns und ihre Folgen

Die Einverleibung des Königreichs Bayern im Jahre 1871 in das preußisch dominierte Deutsche Reich hat nicht nur das Ende des ludovizianischen Königtums eingeleitet, sondern erfolgte gegen den erbitterten Widerstand bayerischer Patrioten im Parlament.

Bei allen lebenswürdigen Erinnerungen an die Prinzregentenzeit: Ohne die politische Schwäche Bayerns in dieser Zeit hätte der Wilhelminismus nie so auf-

trumpfen können, wie er es getan hat. Mit allen bekannten Folgen.

Es hat der Familie der deutschen Länder und Europa nie gut getan, wenn Bayern schwach war.

Historische Brückenfunktion

Über viele Jahrhunderte hinweg war der Staat Bayern eine in sich ruhende, friedfertige europäische Mittelmacht; eine Brücke zwischen dem mediterranen Süden und dem germanischen Norden, zwischen dem Rhein- und dem Donau-Raum nach Osten hin.

Wenn nicht Königreich, dann freie Republik

Warum sollte also Bayern, das eine ältere „nationale“ Tradition hat als die Bundesrepublik, sich nicht wieder auf wahre Staatlichkeit besinnen – vielleicht nicht als Königreich, wie es manchen am liebsten wäre, aber wenigstens als freier Freistaat.

Zuzügler noch bayerischer

Erstaunlich an der Studie der Hanns-Seidel-Stiftung ist auch, dass sich gegenüber ihrer Vorgängerin aus dem Jahre 2003 die Verbundenheit der Bayern mit ihrem Land noch vertieft hat.

## **Bavarität – unser Jahrhundertprogramm**

Von der Abstammungs- zur Willensnation

Bayer ist nicht mehr nur der, bei dem die letzten fünf Generationen allesamt in Bayern geboren sind, sondern auch der, der in diesem Land lebt, es liebt, sich seiner Geschichte, seiner Kultur, seiner Tradition und seinen Menschen verbunden fühlt - gleich woher er stammen mag.

Uns ist jeder willkommen, der in Bayern lernen oder arbeiten oder wirtschaften will, der uns nicht ausnehmen möchte. Er - oder sie - und ihre Treue zu Bayern entscheiden. Bayern ist im Kulturellen schon heute eine moderne Willensnation.

„Bavarität“

Der Ausdruck „Bavarität“ für ein bestimmtes Lebensgefühl stammt von dem afrikanischen Philosophen und Politiker Léopold Sédar Senghor aus dem Senegal, nach einem Gespräch mit Franz Josef Strauß.

Die New York Times hat Oberbayern und München zu einem der besten Plätze der Welt erklärt. Noch nie wurden global und deutschlandweit so viele Lederhosen, Trachtenjoppen, -kostüme und Dirndl verkauft.

Gesunder Eigen-  
gennutz

Natürlich müssen wir auch einen anderen Ton anschlagen und sagen: „Jeder, der bei uns etwas kann und anstrebt, ist willkommen; der Rest sollte woanders hingehen.“

Und wir müssen in Zukunft uns bei der Wirtschaftsansiedlung in Bayern wieder ganz neu aufstellen. Wir können keine Wirtschaft auf Dauer erfolgreich zu uns herholen, wenn der Wirtschaftstreibende in Rosenheim über 30 % mehr Steuern zahlen muss als in Salzburg.

Mehr Selbstän-  
digkeit und  
Emanzipation

Aber das geht alles nur mit mehr Selbstständigkeit und mehr politischer Emanzipation. Und wenn wir das wollen, müssen wir es von der Politik her auch wieder mehr sagen.

Alles Politische beginnt mit dem Aussprechen und dem unbedingten Willen, verstanden zu werden.

**Untergehen oder wieder bayerisch werden.**

Gegengewicht  
zu Riesen-  
Zentralen

Wenn die Globalisierung so weitergeht – und daran besteht ja kein Zweifel – braucht es ein Gegengewicht zu den alles verschlingenden global und anonym gesteuerten Riesen-Zentralen.

Friedrich Dürrenmatt

Die Staatsbayerischkeit, die bei der CSU früher so ausgeprägt war und für deren Erhalt sie gegründet wurde – sie lässt sehr nach. Dabei wäre sie im 21. Jahrhundert wichtiger als je zuvor.

„Untergehen  
oder verschweizern“.

Der Schriftsteller und Dramatiker Friedrich Dürrenmatt, der seine Schweiz und das „Kantönli-Denken“ stets massiv kritisiert hat, schrieb in einem seiner letzten Romane plötzlich eine Eloge über das regionale Selbstbewusstsein:

Die Welt werde „*untergehen oder verschweizern*“.

Gegen die Uniformierung der Welt

Jeder Trend braucht eine Gegenbewegung – und die Gegenbewegung zur Globalisierung ist die Rückbesinnung auf das, was wir haben und was uns ausmacht: Unsere bayerische Heimat.

Das unterscheidet uns von allen anderen – ob rechts oder links. Gegen die Uniformierung der Welt muss die CSU das Bedürfnis nach übersichtlicher Regionalität wieder stärker zur Geltung bringen:

Die Welt wird entweder untergehen oder sich bayerisieren.

Rede  
von  
Dr. Peter Gauweiler  
MdB  
Staatsminister a.D.

Zukunftsfragen unserer Gesellschaft

Schwarze Wochen  
Kulturwochen für den Münchner Westen

München, am 20.03.2010

|   |          |
|---|----------|
| <b>Anreden</b> .....                                  | <b>1</b> |
| Veranstalter .....                                    | 1        |
| Fraktionsvorsitz Stadtrat .....                       | 1        |
| Bundestag .....                                       | 1        |
| Landtag .....   | 1        |
| Bezirkstag .....                                      | 1        |
| Stadtrat .....  | 2        |
| <b>Helmut Pfundstein</b> .....                        | <b>2</b> |
| Trachtler .....                                       | 2        |
| Dichter.....  | 2        |
| Politiker .....                                       | 3        |
| <b>Tausend Jahre Aubing</b> .....                     | <b>3</b> |
| Aubing älter als München .....                        | 3        |
| Erholungsraum im Westen Münchens .....                | 4        |
| <b>Die Schwarzen Wochen</b> .....                     | <b>4</b> |
| Neue Attraktion .....                                 | 4        |
| Kultur und Zukunftsfragen .....                       | 4        |
| <b>Im Zweifel für die Freiheit</b> .....              | <b>5</b> |
| Priorität des Ökonomischen .....                      | 5        |
| „Wirtschaftswähler“ .....                             | 5        |
| Hoffnung und Auftrag .....                            | 6        |
| <b>Hartz IV reformieren</b> .....                     | <b>6</b> |
| Große Leistung des Steuerzahlers .....                | 6        |
| Urteil Bundesverfassungsgericht .....                 | 7        |
| Einwanderung in Sozialsysteme .....                   | 7        |
| Zerstörung des Sozialstaates .....                    | 7        |
| FDP.....  | 8        |
| Grundzüge einer Lösung .....                          | 8        |
| Zurück zur Trennung .....                             | 8        |
| Fairer Lohnabstand .....                              | 8        |
| Einwanderung unterbinden.....                         | 8        |
| Dauerhafte Sicherung Lebensunterhalt .....            | 9        |
| Auch für einreisende Kinder und Ehegatten .....       | 9        |
| Keine Einreise für Sozialfälle .....                  | 9        |
| Kein Ausweichen in Sozialhilfe .....                  | 9        |
| Abschieben bei Aberkennung von Arbeitslosengeld ..... | 10       |

|  |           |
|--|-----------|
| Einschränkung bei Unionsbürgern.....                 | 10        |
| Kinderförderung verbessern .....                     | 11        |
| Namen ändern .....                                   | 11        |
| <b>Bayern in Europa.....</b>                         | <b>11</b> |
| Verfasstheit unseres Staates.....                    | 11        |
| Emanzipation von kontinentalen Obrigkeit.....        | 12        |
| Mehr Kompetenz – weniger Freiheit.....               | 12        |
| Gefährdung der Selbstbestimmung alter Einheiten..... | 13        |
| Gegen die Entzauberung Europas .....                 | 13        |
| Francois Furet .....                                 | 14        |
| George Orwell .....                                  | 14        |
| Keine „EU-Bürger“ .....                              | 15        |
| Europa - eine Idee.....                              | 15        |
| Rückkehr zu den Identitätsfaktoren .....             | 16        |
| Wahre Verfassung von Europa.....                     | 17        |
| <b>Urteil über Lissabon.....</b>                     | <b>17</b> |
| Sternstunde des Bundesverfassungsgerichts .....      | 17        |
| Begleitgesetz verfassungswidrig .....                | 17        |
| Keine Selbstentmachtung des Parlaments .....         | 18        |
| Keine Ratifizierung ohne neues Gesetz.....           | 19        |
| Anwendung nur „nach Maßgabe der Gründe“ .....        | 19        |
| Verfassungsgebender Volksentscheid.....              | 19        |
| <b>Griechenland und die EU.....</b>                  | <b>20</b> |
| Schuldenkrise in Griechenland .....                  | 20        |
| EFW – für wen?.....                                  | 20        |
| Kein europäischer Finanzausgleich .....              | 21        |
| Fass ohne Boden – reparieren vor füllen .....        | 21        |
| Griechenland „systemrelevant?“ .....                 | 22        |
| Hilfe ja - Systemveränderung nein.....               | 23        |
| <b>Deutschland - zu flach .....</b>                  | <b>23</b> |
| Das Deutschland der Länder.....                      | 23        |
| Nicholas Boyle .....                                 | 24        |
| Historisches Kontinuum Bayern.....                   | 25        |
| <b>Den Länderfinanzausgleich reformieren .....</b>   | <b>25</b> |
| Gegen den „Abbau Süd“.....                           | 25        |
| Bayern stemmt die Hälfte .....                       | 26        |
| Absurdes Ungleichgewicht .....                       | 26        |
| Einsatz für eigenes Land.....                        | 27        |
| Bayerisches Steuergeld für Bayern .....              | 28        |
| Interessen Bayerns stärker vertreten.....            | 29        |
| <b>Mehr Demokratie wagen .....</b>                   | <b>29</b> |
| Politik näher zum Bürger .....                       | 29        |
| Wahlprogramm.....                                    | 30        |
| Verstärkte Beteiligung des Volkes .....              | 30        |
| Versprechen umsetzen.....                            | 30        |
| <b>Bayerns Eigenständigkeit wahren .....</b>         | <b>31</b> |
| Reparatur des Föderalismus .....                     | 31        |
| Wahrung bayerischer Kompetenzen.....                 | 31        |
| Bundesrat als Regierungsvertretung .....             | 32        |
| Mitwirkung des Landtages.....                        | 33        |

|   |           |
|---|-----------|
| Mitwirkung des Volkes.....                          | 33        |
| Parteiübergreifende Lösung .....                    | 33        |
| Parteiinterne Wahlen .....                          | 34        |
| <b>Der Freistaat als freier Staat.....</b>          | <b>34</b> |
| Studie der Hanns-Seidel-Stiftung .....              | 34        |
| Freistaat als eigener Staat.....                    | 35        |
| Bayern – ein europäischer Staat .....               | 36        |
| Bayern und das Deutsche Reich .....                 | 36        |
| Schwäche Bayerns und ihre Folgen .....              | 36        |
| Historische Brückenfunktion .....                   | 37        |
| Wenn nicht Königreich, dann freie Republik .....    | 37        |
| Zuzügler noch bayerischer .....                     | 37        |
| <b>Bavarität – unser Jahrhundertprogramm .....</b>  | <b>38</b> |
| Von der Abstammungs- zur Willensnation .....        | 38        |
| „Bavarität“ .....                                   | 38        |
| Gesunder Eigennutz.....                             | 39        |
| Mehr Selbständigkeit und Emanzipation.....          | 39        |
| <b>Untergehen oder wieder bayerisch werden.....</b> | <b>40</b> |
| Gegengewicht zu Riesen-Zentralen.....               | 40        |
| Friedrich Dürrenmatt .....                          | 40        |
| „Untergehen oder verschweizern“ .....               | 40        |
| Gegen die Uniformierung der Welt .....              | 41        |